

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

### Er scheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Vierteljahr 10.50 Mt. frei ins Haus, einschließlich der Beilage Haus und Herd.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 11.50 Mt.  
Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher Nr. 27.



### Anzeigen

werden die sechsgehaltene 8 mm hohe (Bett-)Pelle oder deren Raum mit 70 Wg. berechnet; auswärts 1.- Mt. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 1.50 Mt. Verbindlichkeit für Maß, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postfachkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.  
Annahmehgebühr für Offerten und Aufnahmen beträgt 50 Pf. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Spangenberg • Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

15. Jahrgang.

Nr. 36.

Sonntag, den 26. März 1922.

## Aus der Heimat

Spangenberg, den 24. März 1922.

„Hessentreu“. Wir wollen es nicht unterlassen, nochmals auf das morgen abend im Hotel Heinz zur Aufführung gelangende Heimatspiel „Hessentreu“, aufgeführt von der Turngemeinde Melsungen, hinzuweisen. Wir können heute schon sämtlichen Besuchern versichern, daß ihnen ein selten genussreicher Abend bevorsteht. Zeitgemäße Kostüme werden das Spiel beleben und uns eine Zeitspanne treuhessischer Vergangenheit zaubern, in deren Mittelpunkt die Festung Ziegenhain steht. Die Spielleitung, die in den Händen von Herrn Rektor Blum liegt, verbindet mit der Aufführung auch den Zweck, die Herzen in dieser schweren Zeit auf dem Heimatboden zu sammeln und den Blick nach innen zu lenken; denn nur das kann uns retten. Wir wünschen der Turngemeinde als Entgelt für ihre aufgewandte Mühe, auch hier in Spangenberg einen vollen Erfolg.

+ Die neuen Spantmünzen zu 1, 2, 3 und 5 Mark werden voraussichtlich im April in den Verkehr gebracht werden.

× „Entgegenkommen bei den Steuererhöhungen der Steuerpflichtigen?“ Vom Finanzamt wird uns mitgeteilt, daß bereits in einem Erlaß des Herrn Reichsministers der Finanzen den Finanzämtern Richtlinien hierüber gegeben sind. Nach diesem Erlaß kann in der Regel nur dann Erhöhung der Einkommensteuer 1920 und 1921 ohne Sicherheitsleistung erfolgen, wenn bei der Veranlagung über das in der Steuererklärung angegebene Einkommen wesentlich hinausgegangen und dem Steuerpflichtigen keine ausreichende Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben worden ist. Die Steuerpflichtigen sollen sich bei Stellung von Erhöhungsanträgen vor Augen halten, daß, nachdem sich die Veranlagung so lange hinausgezögert hat, Reich, Länder und Gemeinden unbedingt mit größter Beschleunigung in den Besitz der ihnen zuzuführenden Steuerbeträge gelangen müssen. Auch war durch mehrfache öffentliche Bekanntmachung die Leistung von Abschlags-

zahlungen angeregt gewesen. Ferner haben die Steuerpflichtigen fast zwei Jahre lang nur verhältnismäßig geringe Einkommensteuer entrichtet und zahlen jetzt mit einem inzwischen sehr entwerteten Gelde, während den Lohn- und Gehaltsempfängern schon 1920 in besserem Gelde die Steuer abgezogen worden ist.

## An unsere Leser!

Die ungeheuren und unerträglichen Preissteigerungen, vor allem des Druckpapiers, das im Dezember gegenüber dem Friedenspreise das 21fache, im März das 41fache gestiegen hat und für das ein Vielfaches an Erhöhungen zum 1. April angedündigt ist, aber auch die Verteuerung aller sonstigen Materialien (Farbe das 30fache, Walzenmasse das 35fache der Friedenspreise) und der Herstellungskosten (Löhne und Gehälter, elektrischer Strom, Gas, Reichs- und Kommunalsteuern) haben die deutschen Zeitungen ihrer wirtschaftlichen Kraft beraubt. Wenn trotzdem die Mehrzahl der Herausgeber sich nicht zur Einstellung des Erscheinens ihrer Blätter entschlossen hat, so tun sie das aus der Erwägung heraus, daß ein Aufhören der deutschen Presse gleichbedeutend mit einer unheilbaren Katastrophe der deutschen Politik und Wirtschaft ist.

Neue Erhöhungen der Bezugs- und Anzeigenpreise lassen sich nicht umgehen. Nicht jedes Lesers ist es, seiner Zeitung treu zu bleiben und mit dazu beizutragen, daß die deutsche Presse nicht völlig aufhört zu existieren.

Verein Deutscher Zeitungsverleger  
Kreis Mitteldeutschland.

## Aus Nah und Fern

Aus der Rhön. Dem Bürgermeister Söder in Sandberg wurden am 3. November v. J. zwölf Stück 15jährige Apfelbäume abgesetzt. Vom Amtsgericht

Bischofsheim wurde nun der Täter, der 21jährige ledige Bauernsohn R. von Sandberg, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Auf seine Verurteilung hin erhielt R. jetzt vom Landgericht neun Monate Gefängnis und 10000 Mt. Schadenersatz zuerteilt.

Breitenberg. Die Verfolgung der beiden Räuber, die hier den Ueberfall auf den Landwirt Dornieden und seine Ehefrau ausführten, hat zur Verhaftung des einen der beiden bei seiner Rückkunft in Offen geführt. Dagegen konnte der Räuber R. noch nicht gefaßt werden, trotzdem er wiederholt gesehen wurde, so in Birkungen, in Hundeshagen und in Rumpfspringe. Seine Verfolgung durch die Gendarmerie wird fortgesetzt.

Werra. Hier wurde der Landwirt A. K. Ernst tot aus der Werra gezogen. Da Ernst schon seit längerer Zeit schwerkränkt war, nimmt man an, daß er in einem Zustand geistiger Unmachtung den Tod gesucht und gefunden hat.

Grünbebrück. Bei einer hiesigen Familie, die bereits acht Kinder aufzuziehen hat, stellten sich dieser Tage noch Drillinge ein. Mutter und Kinder befinden sich wohl. Ueber das Befinden des Vaters angesichts dieses Kindersegens wird nichts mitgeteilt.

Giffling (Waldeck). Eine merkwürdige Zwillinggeburt brachte eine Ziege des hiesigen Arbeiters Th. A. zur Welt. Während die Hinterkörper getrennt waren, war nur ein einziger Vorderkörper — zwei Vorderbeine, ein Hals und ein Kopf — vorhanden. Das Tier starb bei der Geburt.

Wehrheim i. L. Nach sechs Jahren die Sprache wiedergefunden. In der Schlacht bei Arzac im Jahre 1916 erlitt der hiesige Einwohner Stengel bei einer Verschüttung einen Nervenschuß, der ihm die Sprache raubte. Als Stengel sich vor einigen Tagen im Walde aufhielt, fiel in seiner Nähe plötzlich ein Schuß, der ihn außerordentlich erschreckte und ihm die Sprache wiedergab. Wenn der Mann auch vorerst nur leise und noch gebrochen sprechen kann, so hoffen die Ärzte doch auf eine Wiedererlangung des vollständigen Sprachvermögens.

Wir befürchten, daß durch abflühende Lawinen ein Berggutsch die Nachschlicht völlig verstopft hat, so daß sich das Wasser dahinter stauen muß. Ich habe bereits einen Boten in die Schlucht geschickt, dessen Rückkehr wir erwarten. Auch nach Birkenweiler haben wir nach Hilfsmaßnahmen gesandt. Wenn es sich so verhält, wie wir glauben, dann muß dem Wasser sofort Abzug verschafft werden, sonst . . .

„Wo ist Ihr Herr, der Herr Baron Gildern?“ unterbrach ihn Irene hastig. „Haben Sie ihn denn nicht benachrichtigt? Warum ist er nicht hier?“

In tödlicher Spannung hing ihr Blick an Nordhausens Lippen. Was würde sie hören? War Bernd schon vor dem Verfliegen des Wassers in die Schlucht eingedrungen oder . . .

„Der Herr Baron war vor Tisch in Thalach und kam sehr erschöpft zurück. Er hat sich eingeschlossen und verbeten, ihn zu hören. Trotzdem habe ich ihm jetzt benachrichtigen lassen und vielleicht . . .“

Irene hörte nicht mehr. Starr ging ihr Blick in die Weite. Der eine, an dessen Leben ihr nichts lag, befand sich in Sicherheit. Aber wie stand es um Better Albrecht? War er gekommen? Sein Weg führte ihn von der entgegengesetzten Seite in die Schlucht . . . vielleicht hatte er von dort aus irgend eine Gefahr leichter wahrnehmen können und war beizzeiten umgekehrt. Ja, so war es, so mußte es sein. Und wer sagte denn, daß überhaupt eine Lawine in der Schlucht niedergegangen war? Vorläufig handelte es sich um eine unbefristete Annahme. Das Wasser konnte sich selbst in seiner Wildheit durch mitgerissene Stein- und Erdmassen den Weg auf kurze Zeit verlegt haben.

Aus angstvoll aufgerissenen Augen starrte Irene trotzdem in das leere, aufgewühlte Bachbett.

Da ergellte plötzlich von der Schlucht her ein lauter Schrei. Jemand — Irene sah ihn nur in traumhafter Erklärung — kam schreckensbleich herangeeilt. Worte, raub, angst- und schreierfüllt, schlugen dumpf an ihr Ohr.

(Fortsetzung folgt.)

## Des Mannes Dämon.

Roman von Erich Ebenstein.

571

Copyright 1921 by Wiemanns Zeitungsverlag Berlin W 66

„Ach, das schadet doch nichts. Auf dem Lande muß man das eben hinnehmen! Und die Luft ist ja so herrlich — ich sehne mich ordentlich hinaus.“

„Wohin willst du denn reiten?“

„Ins Blaue hinein wie immer! Du weißt, ich habe nie ein bestimmtes Ziel. Bald reite ich gegen Birkenweiler, manchmal auch über Thalach zu den Thalerleichen, dann wieder ins Gebirge.“

„Vom Gebirge würde ich dir abraten. Die Wege dahin führen meist durch enge Schluchten, und dort besteht heute entsetzliche Lawinengefahr!“

Sie hob einen Moment den Kopf und blühte ihren Mann betroffen an.

„Du meinst? Lawinengefahr?“

„Ganz gewiß. Sogar vom Türkenbühl ist vor einer halben Stunde ein ganzes Schneefeld abgerollt — freilich ohne auf dem sanften Gelände Schaden anzurichten. Undersowas aber könnte es nicht so harmlos ablaufen.“

Irene starrte unruhig vor sich hin. Dann warf sie lachend den Kopf zurück.

„Was, du willst mir Angst machen?“

„Ganz und gar nicht. Ich wollte dich nur warnen. Am liebsten reite, wohin dein Herz dich zieht! Zum Abend bist du doch zurück!“

„Selbstverständlich! Du brauchst um deine Schwärte keine Angst zu haben.“

„Das ist mir lieb. Denn du weißt — ich bin dir Revanche schuldig! Wir wollen, wenn es dir recht ist, uns dann den See in meinem Zimmer servieren lassen, und dort spielen. Es ist gemütlicher als hier im Wohnzimmer.“

„Gewiß, wenn es dir so lieber ist, mein Freund! Aber nun adieu! Ich muß mich umkleiden gehen.“

Ganz so ruhig wie zuvor war Irezens Laune nicht mehr, als sie langsam auf Umwegen dem Na-

graden zuritt. War es der schlechte, aufgewühlte Weg, auf dem ihr Pferd alle Augenblicke ausglitt, oder die Warnung des Grafen vor Lawinengefahr, die ihr im Kopf herumging — genug, sie fühlte sich plötzlich ärgertlich und verstimmt.

Diese lauwarme Tauluft nach der endlos langen Winterkälte zuvor, war auch gar zu drückend! Und dann kam man so entsetzlich langsam vorwärts auf diesem schauerhaften Boden, der über Nacht förmlich lebendig geworden war.

Es war drei Uhr vorüber, als sie den Eingang zum Naßgraben erreichte. Schon von weitem hatte sie zu ihrem ärgertlichen Erstaunen dort eine kleine Gruppe von Reuten wahrgenommen, die ratlos in das Bachbett schauten. Was sollte das bedeuten? Außer der verlassenen Köhlerhütte befand sich keinerlei Behausung im Naßgraben. Wie hatte sie sonst ein menschliches Wesen in dieser Gegend getroffen. Nun gerade heute, wo jeden Augenblick auch Gildern kommen mußte, wenn er die Gruppe neugieriger Gaffer nicht etwa schon passiert hatte.

Jetzt erkannte Irene den Reutenkneifer Anselm, der in aufgeregter Weise mit dem Thalacher Bürgermeister verhandelte. Ein paar Bauern standen fleisch daneben. Und alle sahen abwechselnd in das Bett der Sulza und den hölzernen Grabenweg entlang, als erwarteten sie von dort irgendeine Offenbarung.

Die Gräfin hielt ihr Pferd an.

„Hat sich hier irgend etwas Ungewöhnliches ereignet?“ erkundigte sie sich unruhig. „Warum sehen Sie alle in das Bachbett?“

Nordhausen zog höflich den Hut.

„Wir fragen uns, wo das Wasser der Sulza plötzlich hingelommen ist, Frau Gräfin. Vor einer halben Stunde tobte hier noch ein hoch bis an den Uferand angegeschwollener Wildstrom und jetzt — überzeugen Sie sich selbst: kaum fadenbünnige Rinnsale! Irgend etwas muß tiefer drinnen in der Schlucht geschehen sein!“

„Irgend etwas . . . geschehen?“ flammte Irene erblickend. „Was denn um Gotteswillen? Was kann geschehen sein?“

# Von Woche zu Woche.

## Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Jetzt sind alle Augen wieder nach Berlin gerichtet. Das hat die sogenannte Reparationskommission gemacht, die tatsächlich mehr für die Befriedung als für den Wiederaufbau arbeitet.

Die alten Trojaner sollen gesagt haben, sie trauen ihren Gegnern nicht, auch wenn diese Geschenke brachten. Die Reparationskommission sollte eigentlich auch ein Geschenk bringen, nämlich den Zahlungsausschub für 1922, wie er in Cannes beschlossen war. Aber diese Befriedung hat nun Entsetzen hervorgerufen; denn dieser übereifrige Erpressungsausschub hat das bisherige vorläufige Stundung mit einem Bluff von Bedingungen bedeckt, die ganz unmöglich sind und aus der Wohltat eine Plage, aus dem Bescheid ein Verderben machen würden.

In Genoa soll Europa wieder aufgebaut werden. Aber Deutschland wird zwei Wochen vor Genoa wieder in den Sand des Grabes geschoben. Wenn die leitenden Minister der Entente nicht ein erlösendes Mandat sprechen, so können wir uns die Speisen für Genoa sparen und auf den Trümmern Deutschlands die Klageleder Jeremia anknüpfen.

Der vom Schwurgericht zum Tode verurteilt wird, liegt noch auf Begnadigung zu hoffen. Ist das neue Todesurteil der Reparationskommission schon unbillig und vollstreckbar? Oder ist noch ein vernünftiger Entscheid des Obersten Rates zu erwarten?

Die Regierung läßt uns Fassung predigen. Sie will sich die Sache erst ruhig und gründlich überlegen. Auch die Mehrheitsparteien wollen nichts überhastigen. Also eine neue Geduldprobe! Der arme deutsche Bürger muß Nerven wie Schiffstau haben, um in dieser endlosen Reihe von Krisen seinen Gleichmut zu bewahren.

Es wird verhandelt und immer wieder verhandelt. Wenn dabei ein Schritt vorwärts gemacht ist, so geht es wieder um einen Schritt oder gar um zwei Schritte rückwärts. Wer sich beklagt, hat recht; aber sein Nachbar hat auch recht, wenn er sagt: Zum Verzweifeln bleibt immer noch Zeit; so lange man noch den Kopf über Wasser halten kann, muß man am Schwimmen bleiben; es findet sich vielleicht doch noch ein Rettungsring oder doch eine Planke!

Wer die Forderung nähren will, beruft sich darauf, daß die besagte Kommission ihren Vorschlag gar zu arg überspannt habe, so daß die Unmöglichkeit ihrer Bedingungen auch mit Fausthandschlägen zu begreifen sei. Freilich schreit die Unmöglichkeit zum Himmel; denn wir sollen z. B. außer den schwebenden Steuererlegen, an denen wir schon über ein Jahr lang arbeiten mußten, noch 60 Milliarden weiterer Steuern in zwei Monaten schaffen und davon noch 40 Milliarden in den folgenden sieben Monaten eintreiben. Wo ist der Bauer, der alle Deutschen bederlei Geschlechts zu Einkommensmännern machen kann? Solche maßlosen und sinnlosen Forderungen seien allerdings so aus, als ob sich noch was abhandeln ließe. Über die Zweifel werden die Frage auf, ob denn die französischen Gewaltpolitiker sich überhaupt auf eine Verständigung einlassen oder nicht vielmehr Deutschland erdroffeln wollen mit dem Strick, den uns die besagte Kommission über den Hals geworfen hat.

Synoptischen können wir darüber nachdenken, ob nicht die Kriegsjahre noch eher zu ertragen waren, als diese Jahre des falschen „Friedens“ mit ihrer raffinierten Menschenguätere!

## Abwartende Haltung.

Der italienische Botschafter beim Kaiser. Ueber den Text der Reparationsnote waren in politischen Kreisen verschiedene unklare Auffassungen zutage getreten. Vor allem bestanden Zweifel darüber, ob die neugeforderten Steuern in Höhe von 60 Milliarden Mark durch die geplante Zwangsanleihe aufgebracht werden können, oder ob außer der Zwangsanleihe auch noch 60 Milliarden neue Steuererhöhungen von der Entente gefordert werden.

Synoptischen hat der italienische Botschafter Frassati bei Reichsfinanzminister Wirth vorgeschlagen, die wenig erfreuliche Auskunft gegeben, daß es sich bei den verlangten 60 Milliarden neuen Steuern nicht um die Zwangsanleihe handelt, sondern um Steuern, die unabhängig von dem Steuerkompromiß dem deutschen Volke aufgebürdet werden sollen.

## Regierungserklärung am Dienstag.

Die Regierung und die Parteien haben zu der Reparationsnote noch nicht endgültig Stellung nehmen können, da der vollständige amtliche Text der Antwort der Reparationskommission bis Freitag immer noch nicht vorlag. In einer Besprechung, die der Reichsfinanzminister mit den Führern sämtlicher Reichsfraktionen hatte, herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die Regierung sich erst dann im Reichstag verantwortlich äußern kann, wenn die einzelnen Punkte der Note sachlich geprüft worden sind. Der Reichsfinanzminister sagte eine abschließende Regierungserklärung für die erste Sitzung in der neuen Woche zu, die auf Dienstag in Aussicht genommen ist. Alle Reichsfraktionen erklärten sich damit einverstanden.

## Beratung mit den bundesstaatlichen Ministerpräsidenten.

Am Freitag trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, um über die durch die Reparationsnote geschaffene Lage zu beraten. Argendwelse Beschlüsse wurden nicht gefaßt, vielmehr trugen nur einzelne Minister ihre Ansicht über die von der Regierung einzunehmende Haltung vor. Die Ministerpräsidenten der Bundesstaaten sind von der Regierung eingeladen worden, sich nach Berlin zu begeben und am Montag gemeinsam mit dem Reichskabinett die zu ergreifenden Schritte zu besprechen. Eine endgültige Stellungnahme des Reichskabinetts wird also, wenn anders die Hinzuziehung der Länderregierungen einen Sinn haben soll, vor Montag nicht erfolgen.

## Unerfüllbares.

Auch die 60 Milliarden unzureichend. Bei der Beratung der Nachtragsetz für 1922 im Reichstag wurde die Unerfüllbarkeit der neuen massiven Reparationsforderungen an Hand unserer widerlegbaren Zahlen schlagend nachgewiesen. Reichsminister ergibt sich, unter Berücksichtigung des Ergänzungsetzes für 1922, ein Gesamtsummebetrag von 198,4 Milliarden, ein Betrag, der sich indessen noch steigern wird.

Was die sogenannten Reparationsleistungen angeht, so war hierfür in dem Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages der Gegenwert von 3 Milliarden Goldmark eingeplant worden. Durch das nunmehr bewilligte Moratorium verringern sich die Leistungen auf 2,170 Milliarden Goldmark. Wie indessen von der Reparationskommission bemerkt wird, genügt infolge der Markentwertung der Umrangumsatz von 1 zu 45, wonach die Forderung von 3 Milliarden Goldmark mit 135 Milliarden Papiermark in den Etat eingestellt worden war, nicht mehr. Die Reparationskommission hält vielmehr einen Umrangumsatz von 1 zu 70 für geboten, der wahrscheinlich heute schon nicht mehr ausreicht. Da nun würden 151,9 Milliarden Papiermark einzustellen sein. Das sogenannte Moratorium bringt also nicht nur keine Verringerung der bisher in den Etat eingestellten Ausgabe von 135 Milliarden Mark für Reparationsleistungen, sondern deren Erhöhung um 16,9 Milliarden. Die Forderungen für das Ausgleichsverfahren werden sich ebenfalls erhöhen, womit der Gesamtsummebetrag des Etats auf etwa 219,4 Milliarden steigt. An Deckungsmitteln stehen demgegenüber zur Verfügung 16,5 Milliarden als Ueberfluß des ordentlichen Haushalts. Das mit 40,9 Milliarden veranschlagte Erträgnis auf den neuen Steuererlagen kommt zur Deckung der Reparationsausgaben nicht in Betracht, da der Löwenanteil der Steuererhöhung durch die Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung aufgezehrt wird. Für Reparationsleistungen bleiben also nur 16,5 Milliarden nach Abzug dieses Betrages würden 202,9 Milliarden ungedeckt bleiben.

Der Reichstag will nun eine Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark beschließen, deren Ergebnis in Papiermark noch nicht feststeht. Bei einem Umrangumsatz von 1 zu 70 wären siebzig Milliarden

Freiheit von Wohl eine Entschädigung, die feierlich Verwahrung einlegt gegen den offensbaren Vertragsbruch und die Kergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. An die Reichsregierung wird das Gerücht gerichtet, sie möge den Fehlspruch der Internationalen Grenzsetzungskommission nie und nimmer anerkennen.

Im selben Sinn nahm der Reichstag Stellung, wobei darauf hingewiesen wurde, daß die Polen zugewiesenen Drückschaften zu 92 Prozent für Deutschland gestimmt haben.

## Politische Rundschau

Berlin, den 25. März 1922.

Das Reichspostministerium erwartet eine Mehrerhöhung von 3 Milliarden aus weiteren Gehörverhörungen, die zur Deckung der Mehrausgaben im Laufe des Rechnungsjahres 1922 noch angenommen werden sollen.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten hat beschlossen, daß die Geltungsdauer der Demobilisierungsbewerbungen bis zum 31. Oktober 1922 verlängert wird.

Der Reichspräsident empfing den Generalen von Mexiko, der den Dank der mexikanischen Regierung für die deutsche Teilnahme an der Jahreshundstfeier Mexikos überbrachte.

Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen hat den Schiedspruch für das Versicherungsgewerbe abgelehnt.

Um das deutsche Eigentum in Oberschlesien. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Calonder hat in Genf die erste öffentliche Sitzung der deutsch-polnischen Konferenz stattgefunden, in der die beiden Parteien in ausführlicher Weise ihren Standpunkt in der obererschlesischen Liquidationsfrage darlegten, in der bisher noch keine Einigung erzielt werden konnte. Der polnische Bevollmächtigte bestritt die Zuständigkeit des Vorkonferenzrates und des Schiedsrichters in der Liquidationsfrage und erklärte, daß in der Liquidationsfrage der Versailler Vertrag maßgebend und für seine Auslegung der Oberste Rat allein zuständig sei. Dagegen verlangte von Calonder die Abweisung des deutschen Vermittlungsvorschlages, wonach die Liquidation während 15 Jahren verschoben werde und fordert die Annahme des polnischen Standpunktes, d. h. des völligen Rechtes, über fremdes Gut zu verfügen. Reichsminister A. D. Schiffer antwortete mit einer ausführlichen Darlegung der Reichsfrage. Der zu schließende Vertrag müsse sich auf alle Fragen beziehen, darunter auch auf die Liquidationsfrage, und man könne diese Frage daher nicht vom Schiedspruch ausschließen. Der Versailler Vertrag sei nicht allgemein zuständig, sondern nur in Verbindung mit dem Reichspräsidenten der Vorkonferenz, der so gerade die Anwendung des Versailler Vertrages auf die besonderen obererschlesischen Verhältnisse festzulegen hätte. Der Bundesrat Calonder gab bekannt, daß er seinen Schiedspruch am Mittwoch oder Donnerstag kommenden Woche fällen werde, daß aber in der Zwischenzeit die Bemühungen zu einer Verständigung fortgesetzt werden.

Der Schutz der Republik. Der Reichstag hat den Gesetzentwurf zur Anpassung des Strafschulgesetzes an die Verfassung, das sogenannte Gesetz zum Schutze der deutschen Republik, angenommen. Der Gesetzentwurf sieht bezeichnend den Schutz des Reichspräsidenten, der an der Gesetzgebung beteiligten Staatspräsidenten, des Reichsrats, des Reichsfinanzrats, der Reichsregierung und der Regierungen der Länder vor, ferner den Schutz der Mitglieder der Regierungen von Reich und Ländern bei Vornahme von Regierungshandlungen sowie der Staatsform und der Farben von Reich und Ländern gegen Beschimpfung. Von der beabsichtigten Immunität der Staats-

ratsmitglieder ist Abstand genommen worden, ebenfalls von der Ausdehnung des Schutzes auf die Staatspräsidenten der Länder. Neben dem Gesetz fand noch ein Antrag Preußens Annahme, der Bestrafung für Wegnahme und Zerstörung jeder Fahne in den Farben des Reiches oder eines deutschen Landes Straftatung nicht bloß der Flagge einer zur Flaggenführung befugten Person.

Gegegen die Getreidemlage. Die „Deutsche Volkszeitung“, das Organ des Reichsländersbundes, wendet sich in einer scharfen Erklärung gegen die geplante Erneuerung der Getreidemlage im neuen Getreidejahr. Schon im Vorjahre sei die Getreidemlage nur in der bestimmten Erwartung hingegenommen worden, daß in diesem Jahre die volle freie Wirtschaft eintreten werde. Um so aufrechter müsse daher die Forderung sein, daß die Ernährungsmittel der Länder für die Fortdauer der Umlage ausgeplaciert haben. Ein Sturm der Entrüstung werde angesichts des Beschlusses der Ernährungsmittel durch die einseitige Landwirtschaft gehen. Der Durchbruch der beabsichtigten Zwangsmaßnahmen lege die deutsche Landwirtschaft einmütig ein Nimmals entgegen.

so daß auch dann noch 172,9 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages ungedeckt bleiben würden. Die Zwangsanleihe, die einen neuen schwerwiegenden Eingriff in das Wirtschaftsgeschehen und eine Schwächung der Erträge der Wirtschaftern für die kommende Zeit bedeutet, würde also nicht einmal für 1922 eine Geländung unserer Staatsschulden herbeiführen. Ihr Ertrag würde uns nicht entgehen lassen. Wäre es möglich, wie anscheinend die Reparationskommission verlangt, für 1922 noch weitere Steuern im Betrage von 60 Milliarden Mark aus dem deutschen Volke herauszuschöpfen, so würde das nicht ausreichen, um die Ausgaben, die der Friedensvertrag auferlegt, voll zu decken. Es würden immer noch 72,9 Milliarden ungedeckt bleiben.

Daß Unerfüllbares von uns verlangt wird, kann deutscher nicht dargetan werden. In eine finanzielle Gesundung Deutschlands ist unter diesen Umständen niemals zu denken.

## Bestürzung in London.

Beunruhigung über den Kurssturz der Mark.

Der aufsehenerregende Kurssturz der Mark, der sofort nach dem Bekanntwerden der Pariser Reparationsforderungen eingestiegen hat und von Tag zu Tag katastrophalere Formen annimmt, versetzt die öffentliche Meinung Englands in große Unruhe. In der Londoner Presse wird hervorgehoben, daß die Bedingungen der Reparationskommission in Berlin für vollkommen unannehmbar angesehen werden, und daß die deutschen politischen Führer der Befriedigung zustimmen, daß die Reparationsfrage zum politischen Schauplatz führen werde.

Der Berliner Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt: „Keine deutsche Regierung könne es übernehmen, Forderungen wie die der Reparationskommission durchzuführen, und die augenblickliche Regierung werde es bestimmt nicht tun. Während der letzten fünf Jahren sei die deutsche öffentliche Meinung in keiner Frage so eins gewesen wie in dieser. Wenn Dr. Brügel vor den Reichstag treten und erklären würde, er beabsichtige, diesen Forderungen zuzustimmen, so würde er nicht eine einzige Stimme irgend einer Partei dazu erhalten.“ Der Berichterstatter hebt hervor, daß der durch die Forderungen der Reparationskommission erzielte neue Sturz der Mark bedeute, daß die deutsche Regierung 50 Prozent mehr für alle Devisen bezahlen müsse, die sie in Reparationszwecken kauft, als dies vor einem Monat der Fall gewesen ist. Diese Frage sei so ernst, daß sich die deutsche Regierung wahrhaftig nicht in der Lage sehen werde, die nächste Zeitgerate zu bezahlen. Durch den Sturz der Mark werde dem deutschen Budget ein tödliches Verbrechen an dem Leben der Nation verübt, und alle finanziellen Vorkehrungen würden dadurch in Unordnung gebracht.

Der City-Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt: Die strengerer Bedingungen, die Deutschland jetzt von den Alliierten auferlegt werden sollten, hätten den neuen Sturz der Mark veranlaßt. In der City werde anerkannt, daß infolge der mit der Reparationsfrage zusammenhängenden politischen Einflüsse eine bevorstehende Lösung, die das Vertrauen in die Zukunft wiederherstellen, noch nicht in Aussicht sei. Die City lege sich vollständig über die Gefahren des Rußens ab, die drohen werden, wenn die deutsche Mark den Weg der obererschlesischen Krone oder des russischen Rubels gehe.

## Der Kampf um die Weichsel.

Vertreter der Weichselniederung beim Reichskanzler.

Eine Abordnung aus Marienwerder ist in Berlin eingetroffen und hat dem Reichskanzler den einmütigen Protest der Bevölkerung gegen die Abwertung der deutschen Drückschaften auf dem rechten Weichselufer überbracht und bat die Reichsregierung um ihre Hilfe, damit die Drückschaften deutsch bleiben und Dampfschiffe der Zugang zur Weichsel gesichert werde. Der Reichskanzler sagte ihnen die nachdrücklichste Hilfe und Unterstützung der Reichsregierung zu und gab die Maßnahmen bekannt, die bereits in die Wege geleitet worden sind, um die Wünsche der Bevölkerung der Weichselniederung zur Geltung zu bringen.

Die Deputation wurde auch von dem Reichsminister des Inneren, Dr. Rathenau, empfangen. Auch von dem preussischen Ministerpräsidenten Braun und dem Minister des Innern Gebering wurde die Delegation empfangen. Im Auswärtigen Amt fand dann einen Teil der Delegation nach Paris zu entsenden, um dort noch einmal gegen die Abwertung Dampfschiffe von der Weichsel und die Abwertung der deutschen Weichseluferer Einfluß zu erlangen.



